Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 23 (1943-1944)
Heft: 1-2

Artikel: Ein zweites 1918?
Autor: [s.n.]
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-334939

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 13.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

schenden Klasse an, weil sie kein Vertrauen in unsere Kraft aufbringen konnten.

Eine innerlich geschlossene Arbeiterschaft wird ohne Zweifel die Sympathie und weitgehende Unterstützung aus den genannten Kreisen gewinnen. Mit diesen Leuten zusammen schaffen wir jene Volksmehrheit, die notwendig ist für den Sieg unserer Idee.

Die Zeit für uns ist gekommen. Die geistigen Voraussetzungen sind da. Wir wissen, wie die Neue Schweiz aussehen soll. Schaffen wir jetzt die organisatorische Lösung.

Dann schreiten wir zum Kampfe bis zur bedingungslosen Kapitulation aller kapitalistischen Machthaber, weil wir nur dadurch unsere bessere sozialistische Gesellschaft verwirklichen können.

Ein zweites 1918?

Von einem kritischen Beobachter

Je mehr sich der zweite Weltkrieg seinem Ende nähert, um so lebhafter wird die Diskussion der Nachkriegsprobleme. Es ist verständlich, daß in diesem Zusammenhang wieder das Jahr des Generalstreiks die Aufmerksamkeit auf sich zieht. Die historische Distanz erlaubt, die Ereignisse, welche zu der bisher wohl schroffsten innerpolitischen Spannung der Schweiz im 20. Jahrhundert führten, in größere Zusammenhänge einzuordnen und besser zu überblicken. Im Generalstreik 1918 traten sich Stadt und Land in scharfem Gegensatz gegenüber.

Eine chronologische Übersicht der politischen Ereignisse und eine Zusammenstellung der wichtigeren wirtschaftlichen Änderungen dürften geeignet sein, das politische Verständnis für die aktuelle Entwicklung in der Schweiz zu stärken. Durch den Vergleich mit der Gegenwart kann dann auch leichter die Frage beantwortet werden, ob «ein zweites 1918» zu erwarten stehe. Die Geschichte wiederholt sich selten. Andere Bedingungen führen zu anderen Ereignissen. Diese grundlegende historische Einsicht dürfte sich dem sachlich Orientierten gerade aus einer leidenschaftslosen Betrachtung jener Ereignisse ergeben, welche zum Generalstreik des Jahres 1918 geführt haben. Die Schweiz ist eine reiche Mannigfaltigkeit von politischen Körperschaften. die weitgehendes Eigenleben besitzen. Die Stimmung in Zürich kann differieren und hat auch weitgehend differiert von der Stimmung anderer Städte oder Kantone.

a) Wirtschaftliche Daten.

Während der ersten Zeit des ersten Weltkrieges sanken die Löhne teilweise beträchtlich. Der Run auf die Banken erhöhte die wirtschaftlichen Schwierigkeiten. In der ostschweizerischen Textilindustrie wurden 1914 die Löhne um 10 bis 30 Prozent, in anderen Industrien um 10 bis 25 Prozent gesenkt. Mit wachsender Teuerung mußten Lohnerhöhungen durch Streiks erkämpft werden. Die Teuerung bedeutete praktisch eine

fühlbare Senkung der Reallöhne. Das Bundespersonal erhielt erst nach dem Jahre 1916 und auch dann noch in ungenügendem Ausmaße Teuerungszulagen ausgerichtet. Im Jahre 1917 stand der Index der Besoldungen auf 105 bis 120 Punkten, während die Lebenshaltungskosten 163 Punkte erreicht hatten (1913 Basiszahl = 100). Die Folge war eine stürmisch wachsende Radikalisierung der Arbeiterbewegung. Zunächst ging allerdings die Mitgliederzahl der im Gewerkschaftsbund organisierten Arbeiter stark zurück, um dann seit dem Jahre 1915 immer stärker anzuschwellen:

	Mitglieder des Schweiz. *Gewerkschaftsbundes*
30. Juni 1914	89 370
30. November 1914	58 592
Ende 1914	65 177
Ende 1915	64 972
Ende 1917	148 946
Ende 1918	177 143
Ende 1920	223 572

Der Brotpreis stieg ununterbrochen. Das Kilo Brot kostete im Sommer 1914 34 Rappen, am 8. September 1914 schon 38 Rappen, am 23. Dezember 1914 46 Rappen. Durch Errichtung des eidgenössischen Getreidemonopols am 12. Januar 1915 konnte der Brotpreis stabilisiert werden. Er betrug am 15. November 1915 45 Rappen, um dann wieder zu steigen: 8. Mai 1916 51 Rappen, 4. Juli 1917 61 Rappen, 31. Dezember 1917 70 Rappen und 31. Dezember 1918 73 Rappen.

Die Bewegung der Preise kann den Indexziffern entnommen werden.

	Index der *Lebenshaltungkosten*				
Jahr	Nahrungsmittel	Bekleidung	Miete	*Total*	Steigerung gegen Vorjahr
1914	100	100	100	100	
1915	120	109	99	113	13 %
1916	142	132	101	131	16 %
1917	180	173	104	163	24 %
1918	223	220	111	204	25 %
1919	244	253	117	222	9 %
Höchststand Januar 1920, nachher Fall der Preise					
1920	242	260	127	224	12 %

Da die Nominallöhne der Teuerung nur zögernd nachfolgten, sanken die Reallöhne. Allerdings in der Nachkriegszeit trat eine starke Hebung der Reallöhne über das Vorkriegsniveau ein, weil aus politischen und sozialen Gründen die schweizerischen Unternehmer nicht wagten, die Nominallöhne im selben Umfange abzubauen, wie die Preise sanken. Diese wesentliche Verbesserung der Lebenshaltung der schweizerischen Arbeiterschaft ist eine der wichtigsten Folgen der Generalstreikbewegung (abgesehen von der Einführung des Achtstundentages und des Nationalratsproporzes).

Jahr	Index des *Reallohnes* (Verunfallte Arbeiter) Gelernte und Angelernte	Ungelernte
1913	100	100
1916	86 (nur Metallarbeiter)	86 (nur Metallarbeiter)
1917	85 (nur Metallarbeiter)	90 (nur Metallarbeiter)
1918	77	80
1919	82	87
1920	91	100
1922	122	123

Die *Rationierung* wurde sehr spät eingeführt: Rationierung von Brot und Mehl vom 1. Oktober 1917 bis 1. November 1919; von Butter und Käse ab Frühling 1918; von Milch ab 1. Juli 1918; von Zucker, Reis, Mais, Teigwaren schon im Frühling und Sommer 1917; dagegen Fett und Öl erst ab 1. März 1918. Fleischlose Tage wurden nur im Frühjahr 1917 und bloß vorübergehend angeordnet. Die hohen Fleischpreise machten es den Arbeitern unmöglich, Fleisch zu kaufen. Praktisch beschränkte sich der Fleischkonsum auf die begüterten Schichten, was die Mißstimmung wesentlich steigerte.

Geaue Statistiken über die *Arbeitslosigkeit* liegen nicht vor. Man ist auf die unvollständigen Geschäftsstatistiken der Arbeitsämter angewiesen:

	Stellensuchende auf 100 offene Stellen		
	Männer	Frauen	Total
1914 (ganzes Jahr)	154	96	134
Juli 1914	127	73	—
August 1914	217	176	—
1915 (ganzes Jahr)	121	119	120
1916 (dito)	102	92	99
1917 (dito)	94	87	92
1918 (dito)	106	66	94
1919 (dito)	154	74	127
1920 (dito)	126	86	113
September 1920	126	92	—
Dezember 1920	374	190	—

Die Panik nach dem Ausbruch des Krieges ist deutlich zu erkennen. 1918 begannen besonders für die Männer die Schwierigkeiten, eine Stelle zu finden, größer zu werden, da besonders nach dem Abschluß des Waffenstillstandes zahlreiche Ausländer und Schweizer aus dem Auslande zurückkehrten und die Truppen entlassen wurden. Im Herbst 1920 setzte die ausgesprochene Krise ein.

Das Truppenaufgebot schwankte stark. 1914 wurde die Grenze mit 300 000 Mann besetzt. Später waren neben 30 000 Rekruten jeweilen folgende Mannschaftsbestände aufgeboten: 1915 60 000 Mann, Winter 1915/16 etwa 40 000 Mann, Winter 1916/17 30 000 Mann, Sommer 1917 100 000 Mann, Dezember 1917 40 000 Mann, März 1918 53 000 Mann. Rund 90 000 Zivilpersonen reisten durch die Schweiz, viele Invalide und Schwerverwundete wurden ausgetauscht. Von 1916 bis 1918 waren in

der Schweiz im ganzen interniert rund 46 000 Angehörige der Entente und rund 22 000 Angehörige der Zentralmächte.

b) Politische Ereignisse chronologisch geordnet.

1. 1915—1917.

15./16. März 1915. Tumulte in Freiburg gegen reichsdeutsche Professoren.

2. Juni 1915. Erste Teuerungsdemonstration in Zürich.

5. bis 8. September 1915. Zimmerwalder Konferenz.

20. November 1915. Der Parteitag der SPS. in Aarau beschließt Anschluß an die Zimmerwalder Konferenz und zwei Initiativen (Abschaffung der Militärgerichtsbarkeit, Einführung der direkten Bundesteuer).

Dezember 1915. General Wille versetzt die Obersten Egli und von Wattenwyl aus der Nachrichtenabteilung des Generalstabes in die Truppe.

21. Februar 1916. Lenin siedelt von Bern nach Zürich über.

28./29. Februar 1916. Oberstenprozeß in Zürich. Graben zwischen Deutsch und Welsch, Bundesrat und Spitze der Armee gelten in der Westschweiz als deutschfreundlich. 27. Januar Tumult in Lausanne. 20. Februar Gegendemonstration in Bern.

März 1916. Bei den Gemeindewahlen in Zürich sozialistischer Sieg (60 statt 53 Mandate).

26. März 1916. Berufsarbeiter dürfen nicht auswandern, Internierte werden als Lohndrücker verwendet.

24. bis 30. April 1916. Kientaler Konferenz.

9. bis 10. Juni 1916. Mit 222 gegen 77 Stimmen beschließt ein außerordentlicher Parteitag der SPS. die Ablehnung der Landesverteidigung.

2. Juli 1916. Teuerungsdemonstration in Zürich.

1. August 1916. Zusammenstöße mit der Polizei auf der Bahnhofstraße in Zürich.

3. August 1916. 15 000 demonstrieren in Zürich gegen die Vorfälle vom 1. August.

26. August 1916. Teuerungsdemonstration in Zürich.

31. August 1916. Demonstrationsverbot des Bundesrates.

16. Januar 1916. Der Ausschuß des Gewerkschaftsbundes fordert: Niederhaltung des Milchpreises, Mieterschutz, Subventionierung der Arbeitslosenkassen, Erhöhung der Wehrmännerunterstützung, Beschaffung von verbilligtem Leucht- und Heizmaterial, Sicherung eines Existenzminimums durch staatliche Lohnzuschüsse, ausreichende Teuerungszulagen.

März 1917. Ausbruch der russischen Revolution.

4. April 1917. Lenin richtet seinen «Abschiedsbrief an die Schweizer Arbeiter». Platten führt im plombierten Zug die russischen Emigranten durch Deutschland, darunter Lenin.

12. April 1917. Vor Cafés und Hotels Teuerungsdemonstrationen in Zürich.

1. Mai 1917. Zürich wird militärisch besetzt. In La Chaux-de-Fonds wird Graber aus dem Gefängnis befreit.

Juni 1917. Streik in Chippis. Am 17. Juni wird Robert Grimm aus

Rußland ausgewiesen. Am 18. Juni tritt Bundesrat Hoffmann zurück. Demonstrationen und Ausschreitungen in Genf. Am 26. Juni wird Gustave Ador als Bundesrat gewählt.

30. August 1917. Teuerungsdemonstrationen in der ganzen Schweiz. *Halbtägiger Generalstreik.*

Bei den *Nationalratswahlen* im Oktober erhalten die Sozialisten 160 000, die Bürgerlichen 314 000 Stimmen.

27. Oktober / 14. November 1917. Der Bundesrat beschließt die Zivildienstpflicht und die Arbeitspflicht für Deserteure und Refraktäre.

November 1917. In Rußland erobern die Bolschewisten die politische Macht unter Lenin.

15. bis 17. November 1917. Unruhen in Zürich. Stillegung zweier Munitionsfabriken. Beim Sturm auf den Polizeiposten Außersihl vier Arbeiter, eine Frau und ein Polizist getötet. In Zürich wird der Belagerungszustand unter Oberst Reiser erklärt.

20. November. Münzenberg, der Führer der Jungburschen, wird vom Bundesrat ausgewiesen (Untersuchungshaft bis 28. Januar 1918, am 1. Juni 1918 wieder interniert, am 12. November 1918 nach Deutschland entlassen).

21. November 1917. Bestattung der Opfer vom 17. November. Zusicherung wegen Sicherstellung der Brot- und Kartoffelversorgung. Die Erregung war durch die Einberufungen zum Zivildienst gesteigert worden. Eine bürgerliche Petition gegen die Ausländer erreicht über 50 000 Unterschriften.

2. 1918—1919.

1. Januar 1918. Der Belagerungszustand in Zürich wird aufgehoben.

17. bis 19. Januar 1918. Zürcher Flugblattprozeß gegen die Gruppe «Forderung». Am 15. und 22. Januar Protestversammlungen in der Stadthalle in Zürich.

26. Januar 1918. Der Bundesrat zieht die Verordnung über die Zivildienstpflicht zurück.

1. Februar 1918. Truppenaufgebot in der Nähe Zürichs.

2. Februar 1918. Meliorationsarbeiter in Niederweningen streiken.

4. Februar 1918. Aus 4 Mitgliedern des Gewerkschaftsbundes und drei Vertretern der SPS. wird das *Oltener Aktionskomitee* gebildet. (Spätere Erweiterung durch je einen welschen Partei- und Gewerkschaftsvertreter und drei Vertreter der Eisenbahner.)

1. März 1918. Der Bundesrat verbietet linkssozialistische Blätter. Einführung der Fettkarte.

4. März 1918. Manifest des Oltener Aktionskomitees (Aufforderung zur Verweigerung des militärischen Gehorsams im Falle der Mobilisation und zur passiven Resistenz des Verkehrspersonals).

2. Juni 1918. Ablehnung der direkten Bundessteuer (276 755 Ja, 325 814 Nein).

10. Juni 1918. Unruhen in Biel. Eisenbahnerstreik im Tessin.

Die Petition gegen Ausländer erzielt 200 000 Unterschriften.

11. und 14. Juni 1918. Demonstrationen in Zürich.

12. Juli 1918. Versammlungsverbot des Bundesrates («Zuchthausgesetz»).

27./28. Juli 1918. *Erster allgemeiner schweizerischer Arbeiterkongreß* in Basel (229 Delegierte, davon 216 Delegierte der Gewerkschaften). Annahme von 11 Forderungen des Oltener Aktionskomitees, ergänzt durch die Forderung nach dem Achtstundentag. Bestätigung des Oltener Aktionskomitees.

Streikwelle (August Kellnerstreik in Zürich, Theaterpersonal in Zürich, am 30. September 1918 Streik des zürcherischen Bankpersonals. Delegiertenversammlung der Arbeiterunion beschließt Sympathiestreik).

Grippewelle (Beginn Ende Juni 1918, erster Höhepunkt im Juli, zweiter Höhepunkt dritte Oktoberwoche. Die Epidemie erlischt im Juni 1919. 1918 21 846 Grippetote).

1. Oktober 1918. Demonstrationsstreik in Zürich erfolgreich, die Forderungen des Bankpersonals werden bewilligt.

Oktober: Gründung der Kommunistischen Partei, Gründung von Soldatenorganisationen an verschiedenen Orten der Schweiz.

14. Oktober 1918. *Nationalratsproporz* mit 299 550 Ja gegen 149 037 Nein angenommen. Am 19. Oktober setzt der Parteivorstand der SPS. den Parteitag auf den 30. November fest und sieht für den 10. November Versammlungen zur Feier des Jahrestages der Machtergreifung der Kommunisten in Rußland vor.

Anfang November fordert die Zürcher Regierung vom Bundesrat das Aufgebot eines Bataillons der Zürcher Seegegend. General Wille tritt nach Besprechungen in Zürich für größere Truppenaufgebote ein. Nach dem österreichisch-italienischen Waffenstillstand treten zum Teil Truppen auf Schweizergebiet über.

5. November 1918. Der Bundesrat beschließt nach Anhörung einer Delegation der Zürcher Regierung ein *Truppenaufgebot* von st. gallischen und thurgauischen Truppen nach Zürich. Platzkommandant Oberst Sonderegger. Die zürcherische Regierung siedelt in die Kaserne über.

7. November 1918. Das Oltener Aktionskomitee beschließt in 19 größeren Orten der Schweiz den *Proteststreik*. Aufruf des Bundesrates an das Volk.

8. November 1918. Die russische Mission wird aus der Schweiz ausgewiesen. *Das Auswärtige Amt geht auf eine Offerte der französischen Regierung, eventuell mit Truppen einzugreifen, nicht ein.*

9. November 1918. Proteststreik. Unruhen auf dem Paradeplatz in Zürich. Abdankung des deutschen Kaisers. Bundesrat Motta sichert den Eisenbahnern Teuerungszulagen zu.

10. November 1918. Das Oltener Aktionskomitee fordert den Rückzug der Truppen aus Zürich, die Erlaubnis zur Durchführung der Protestversammlung auf dem Fraumünsterplatz. Nach Zusammenstoß auf dem Fraumünsterplatz (500 blinde Schüsse in die Luft, ein Soldat getötet, zahlreiche Verwundete), beschließt die Arbeiterunion Zürich Weiterführung des Streiks. In Bern proklamiert das Oltener Aktionskomitee den *Generalstreik*, nachdem der Bundesrat jedes Entgegenkommen verweigerte.

11. November 1918. Der Bundesrat unterstellt die Eisenbahner dem Militärgesetz, beruft weitere Truppen und die Bundesversammlung ein.

12. November 1918. Generalstreik ab Mitternacht. Mit 136 gegen 16 Stimmen stellt sich der *Nationalrat* hinter den Bundesrat. In Zürich erklären sich drei bürgerliche Regierungsräte bereit, zurückzutreten.

13. November 1918. *Ultimatum des Bundesrates.* In einer Nachtsitzung beschließt das Oltener Komitee den *Streikabbruch.*

14. November 1918. In Grenchen vier, in Basel zwei Tote. Besetzung sozialistischer Redaktionen. Session der Bundesversammlung geschlossen. Streik kann in den großen Städten nur unter Schwierigkeiten abgebrochen werden. Der Gewerkschaftsbund schätzt die Zahl der Streikenden auf 220 000 bis 233 000.

15. November 1918. Bundesbeschluß betreffend gerichtliche Anklage gegen das Oltener Komitee.

11. Dezember 1918. General Wille von der Bundesversammlung verabschiedet.

12. Dezember 1918. Die Gewerkschaftsverbände distanzieren sich vom Aktionskomitee.

22. und 23. Dezember 1918. Der zweite schweizerische Arbeiterkongreß billigt den Streikabbruch und fordert, daß ein Generalstreik nur vom Arbeiterkongreß beschlossen werden darf.

3. März bis 10. April 1919. Generalstreikprozeß. Die Kosten des Streiks von 121 000 Franken der Gewerkschaften bloß zu zwei Dritteln durch Sammlung gedeckt.

4. Mai 1919. Neue Kriegssteuer (307 526 Ja, 165 119 Nein).

27. Juni 1919. Bundesgesetz führt die 48-Stunden-Woche ein.

16. und 17. August 1919. Die SPS. tritt der Dritten Internationale bei. Durch Urabstimmung wird dieser Beschluß aufgehoben.

Nach dem Abzug der Ordnungstruppen aus Zürich am 10. Juni am 13. Juni 1919 Sturm auf das Bezirksgerichtsgebäude (2 Tote).

10. bis 12. Dezember 1919. Spaltung der SPS. mit 315 gegen 213 Stimmen. Die Minderheit bildet die Kommunistische Partei.

c) Schlußbetrachtungen.

Recht auffällig ist an der politischen Entwicklung der Schweiz während des ersten Weltkrieges die starke Spaltung des öffentlichen Bewußtseins nach Landesgegenden und sozialer Struktur. Zunächst tritt 1915/16 der «Graben» zwischen der deutschen und der welschen Schweiz in den Vordergrund; in den folgenden Jahren spielt der Gegensatz der Stadtbevölkerung als Konsumenten zu der Landbevölkerung als landwirtschaftliche Produzenten infolge der Teuerung die wichtigste Rolle. Die starke *Radikalisierung der Arbeiterschaft* erfaßt bloß gewisse Schichten der in den größeren Städten massierten Industriearbeiterschaft, die ja überhaupt erst während des ersten Weltkrieges in Massen den Gewerkschaften zuströmen, wie das sprunghafte Ansteigen der Mitgliederzahlen der Gewerkschaften von rund 65 000 Mitgliedern 1914 auf über 180 000 nach 1918 anzeigt.

Die *Wirtschaftspolitik der Bundesbehörden* war noch stark befangen

in den Vorstellungen des Liberalismus. Deshalb wurden Rationierungsmaßnahmen zu spät ergriffen, mußten vor allem die Wehrpflichtigen aus den unteren Volksklassen ihre Sparreserven angreifen, gelang es nicht, die Steigerung der Preise und die fühlbare Senkung der Reallöhne zu bremsen, wurde gegen Schwarzhandel, Schieber- und Spekulantentum zu spät und viel zu wenig energisch durchgegriffen. Die auf Kriegsproduktion umgestellte Industrie erzielte hohe Kriegsgewinne, die nur ungenügend steuerlich erfaßt wurden. Teuerungszulagen wurden bei den Angestellten und dem Bundespersonal viel zu spät und in unzureichendem Maße gewährt. Dagegen vermochten sich die Bauern zu entschulden.

Der Radikalisierung der Arbeiterschaft gingen ausgebreitete Lohnbewegungen der Angestellten (Zürcher Bankpersonalstreik) und der Eisenbahner parallel, wodurch die Stoßkraft der radikalen Bewegung und auch Illusionen über die innere Stärke der Radikalisierung mächtig gefördert wurden. In Wirklichkeit war die Haltung der breiten Arbeitermassen, die den Generalstreik mitmachten, eine vollkommen friedliche, pazifistische, der Generalstreik lediglich eine reflexartige Abwehrbewegung einer starken Minderheit des Volkes. Ähnlich wie die Geschichte Frankreichs im 19. Jahrhundert lehrt, daß die Revolution in Paris nur dann zu siegen vermochte, wenn die Provinz, das flache Land hinter der Pariser Bewegung stand, ebenso zeigt der Generalstreik 1918, daß die *politische Entscheidung nicht in den wenigen größeren Städten der Schweiz, sondern auf dem flachen Lande fällt.*

Während des zweiten Weltkrieges ist nicht nur die außenpolitische Lage eine ganz andere als während des ersten Weltkrieges (1914—1918 größere außenpolitische Bewegungsfreiheit der Schweiz, Einfluß der revolutionären Bewegung in Rußland, liberale Duldung des Antimilitarismus und Pazifismus, der im Grunde genommen keine aktive, sondern nur eine passive Beeinflussung der Politik erstrebt; 1939—1942 faschistischer Weltkrieg, zweifelsfreie Notwendigkeit der unbedingten Landesverteidigung zur Aufrechterhaltung der Unabhängigkeit des Landes, ausländische zersetzende Einflüsse erfassen vor allem die angeblich nationalen, mit dem Faschismus sympathisierenden Kreise), auch innerpolitisch ist die Lage geändert. Zwar nehmen auch während des zweiten Weltkrieges die sozialen Spannungen zu. Aber die Wirtschaftspolitik des Bundes ist weniger improvisiert: Einführung der Lohnausgleichskassen, bessere Wehrmännerunterstützung, vorsorgliche Vorratspolitik, frühzeitige und umfassende Durchführung der Rationierung, die landwirtschaftliche Produktion wird durch den Plan Wahlen auf eine neue Grundlage gestellt. Die geringere soziale Spannung spiegelt sich im verhältnismäßig geringen Mitgliederzuwachs der Gewerkschaften (1939—1943 nimmt die Zahl der Mitglieder des Gewerkschaftsbundes bloß um etwa 8000 zu, gegenüber einer Zunahme von 110 000 zwischen 1914 und 1918!). Dagegen ist die politische Umwelt der Schweiz zufolge des unvermeidlichen Zusammenbruches aller Arten des Faschismus in viel weitgehenderem Maße mit revolutionärer Spannung geladen, als dies 1918 der Fall war, da zum Beispiel in Deutschland nur «der Kaiser ging und die Generäle blieben».

Damit dürfte der Schluß zwingend sein: *Auch in der Schweiz gibt es*

kein zweites 1918. Wir werden in der Schweiz beim Kriegsende vor einer *ganz neuen,* anders gearteten Situation stehen, die es mit *neuen Mitteln* und *neuen Ideen* zu bemeistern gilt. Die Geschichte wiederholt sich nicht. 1943 sind die arbeitenden Massen des Schweizervolkes illusionsärmer, als sie 1918 waren. Die Gegensätze zwischen der städtischen Arbeiter- und der ländlichen Bauernbevölkerung sind geringer. Die ganze Entwicklung ist — im großen gesehen — für den Sozialismus günstiger, weil die Vorbedingungen für einen sozialistischen Umbau der Wirtschaft inner- wie außenpolitisch quasi automatisch geschaffen worden sind. Innerpolitisch ist es vor allem die gegenüber dem ersten Weltkrieg viel dringendere und schwerwiegendere *Finanzfrage* (gegenüber 1914—1918 eine das Mehrfache erreichende Verschuldung!) und das *Problem der Arbeitsbeschaffung,* welche die Hebel bilden werden, die die schweizerische Politik der Nachkriegszeit bestimmend beeinflussen und auf heute schon erkennbare Bahnen zwangsläufig vorwärtstreiben werden.

Ein neuer Kampf um Hodler

Von Emil J. Walter

Geradezu mit einem Sturm der Entrüstung ist von den führenden Zeitungen unseres Landes und gewissen künstlerischen Kreisen der Schweiz ein neues Buch über Hodler («Ferdinand Hodler» 1853—1918. Sein Leben und sein Werk, von Hans Mühlestein und Georg Schmidt. Eugen Rentsch Verlag 1942) empfangen worden. Was ist geschehen? Das ausgezeichnete Werk, eine Gemeinschaftsarbeit des ersten Hodlerbiographen mit dem soziologisch geschulten Direktor des Basler Kunstmuseums, stößt in den kulturell führenden Kreisen auf affektiv betonte, geradezu erbitterte Ablehnung.

Wenn wir uns im folgenden *grundsätzlich* mit dieser Kritik auseinandersetzen werden, so schalten wir bewußt die vielleicht in Einzelheiten berechtigte Kritik an Detailangaben aus. Es ist Sache der zünftigen Kunsthistoriker, sich darüber zu einigen, wann ein bestimmtes Bild gemalt wurde und welche biographischen Einzelheiten eindeutig verbürgt oder bloß wahrscheinlich gemacht werden können.

Viel wichtiger als dieser belanglose Streit um Kleinkram ist die Diskussion all jener Fragen, welche durch die Heftigkeit der Angriffe gegen das neue Hodlerbuch unwillkürlich gestellt werden müssen: Handelt es sich bei der Reaktionsweise unserer Kulturschicht nicht um ein für das geistige Leben der Schweiz kennzeichnendes Verhalten, das sich in seinen Ausstrahlungen vom Film über das Theater bis zur Literatur und zur bildenden Kunst verfolgen läßt und von Manuel Gasser in der «Weltwoche» kürzlich mit Recht als «Angst vor der Wirklichkeit» apostrophiert wurde?

In der Juli-Nummer des «Schweizer Spiegels» setzt sich kein Geringerer als Peter Meyer, der Redakteur des «Werk», als Vorkämpfer der offiziellen kunstgeschichtlichen Betrachtungsweise unserer großbürgerlichen Kreise